Der „Schattendorfer Prozeß“ von 1927 im Spiegel der Salzburger Zeitungen

Eine sprachliche Analyse

Von Isabella Schiller

Zur Geschichte der Salzburger Zeitungen

Die „Salzburger Chronik“, ältestes der hier behandelten Blätter, entstand auf Betreiben des Priesterseminar-Regens Johann Zimmermann sowie des Druckereibesitzers Anton Pustet und wurde erstmals am 1. April 1865 herausgegeben. Ursprünglich als Wochenblatt konzipiert, erschien die „Chronik“ ab 1867 dreimal wöchentlich und schließlich ab 1888 bis zu ihrer Einstellung im April 1938 täglich. Die klerikal ausgerichtete Zeitung, die sich selbst als Blatt für Stadt und Land verstand, hatte eine Startauflage von ca. 300 Exemplaren, die erst 1907 auf über 1000 angestiegen sein dürfte¹. Die „Salzburger Chronik“ fand bei der Bevölkerungsgruppe, die sie eigentlich ansprechen wollte, dem katholisch-christlichsozialen Lager, nie den erwarteten Anklang. Das Blatt tendierte in den zwanziger und vor allem in den dreißiger Jahren zu antikapitalistischen, antiwienerschen und antisemitischen Tönen. Die Nationalsozialisten blieben davon unbeeindruckt und ließen die Redaktion in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 von SS und SA besetzen sowie den Chefredakteur Leonhard Steinwender verhaften. Die „Chronik“ selbst erschien weiter mit dem veränderten Titel „Salzburger Zeitung“ und „avancierte“ am 16. August desselben Jahres zum amtlichen Organ der NSDAP².

Das „Salzburger Volksblatt“ verdankte sein Entstehen Reinhold Kiesel, einem schwäbischen Buchdrucker aus Bietigheim bei Stuttgart. Die Zeitung, anfänglich deutschliberal, später antisemitisch geprägt, war aufgrund ihrer Konzeption, ein „funktionstüchtiges Lokalblatt“ zu sein, das bei weitem erfolgreichste Blatt der Salzburger Medienlandschaft. Ab 1882 erschien das „Volksblatt“ täglich, 1890 schrieb man schwarze Zahlen. Im Jahr 1919 war die Auflage – wenn auch kriegsbedingt – auf 18.000 angestiegen. Zudem gelang es dem „Salzburger Volksblatt“, im Gegensatz zu den übrigen Zeitungen, auf Dauer professionelle Journalisten zu beschäftigen, von denen Thomas Mayrhofer und Hans Glaser genannt seien. Nach dem Ersten Weltkrieg sank zwar die Auflage auf 10.000 Exemplare, doch blieb das „Volksblatt“ die erfolgreichste Zeitung Salzburgs. Im Ständestaat wurde das Blatt der verschärften Vorlagepflicht unterworfen³. Erstaunlicherweise schaffte es das „Salzburger Volksblatt“, unter den Nationalsozialisten mehr als viereinhalb Jahre weiterhin zu erscheinen. Dies gelang vor allem deshalb, weil man nach dem Anschluß die Person Schuschniggs ab- und die Hitlers aufwertete. Dennoch mußte das Blatt dem Ziel der NSDAP, den Gauzeitungen eine Monopolstellung einzuräumen, schließlich weichen und wurde im Herbst 1942 eingestellt⁴.

Auf Betreiben der sozialdemokratischen Landesorganisation in Salzburg kam es zur Entstehung der „Salzburger Wacht“, die am 14. April 1899 erstmals und

in weiterer Folge dreimal monatlich erschien, bevor sie 1900 zu einem Wochenblatt und schließlich 1911 zu einer Tageszeitung mutierte. Bis 1904 war der Stil der Zeitung geprägt von ihrem Gründungsmitglied und erstem Redakteur Jakob Prähauser, dem nach einer Anklage und Querelen mit der eigenen Partei nahegelegt wurde, seinen Platz zu räumen⁵. Nach weiteren personellen Veränderungen in der Redaktion übernahm 1919 der Wiener Journalist Robert Arthaber die Leitung des Blattes⁶. Die „Wacht“, erstes Salzburger Parteiorgan im klassischen Sinn, hatte trotz starker Auflagesteigerung – 1913 gab es immerhin 2263 Abonnenten – stets finanzielle Probleme und schrieb ab 1931 rote Zahlen. Ab April 1933 wurde die Zeitung häufig beschlagnahmt und schließlich am 12. Februar des darauffolgenden Jahres gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei verboten⁷.

Die Situation im Burgenland

1923 einigten sich die beiden Großparteien des Burgenlands, Christlichsoziale und Sozialdemokraten, keine paramilitärischen Organisationen aufzustellen. Mit dieser Entscheidung wollte man einerseits eine Gefährdung des friedlichen Aufbaus von Österreichs jüngstem und zugleich rückständigstem Bundesland verhindern und andererseits den Ungarn, die den Verlust dieses Gebiets noch immer nicht verkräftet hatten, keinen Vorwand für eine Intervention geben. Daß vier Jahre später, im Herbst 1927, dennoch drei bewaffnete Verbände im Burgenland vorzufinden waren, ging zurück auf das Betreiben der Frontkämpferbewegung, einer Art „burgenländischer Irredenta“⁸, die an dem oben genannten Übereinkommen nicht teilgenommen hatte. Um die Jahreswende 1925/26 begann sie, angeleitet von ihrer Wiener Zentrale, in den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf, Mitglieder zu werben⁹. Zu Ortsgruppengründungen kam es u. a. in St. Margarethen, Oslip, Rohrbach, Deutschkreuz, Wiesen sowie in Schattendorf. Die Frontkämpfer beschränkten sich bei ihrer Anwerbung jedoch nicht allein auf Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit, sondern versuchten auch in Dörfern mit vornehmlich sozialdemokratischem Bevölkerungsanteil nahe Ödenburg Fuß zu fassen. Letzteres basierte vor allem auf strategischen Überlegungen: Wie die Heimwehren, so wurde auch die Frontkämpferbewegung finanziell und materiell von Ungarn unterstützt. Zudem stellte das zum damaligen Zeitpunkt in Österreichs östlichem Nachbarland regierende rechtsgerichtete Horthy-Regime Waffen bereit, die in Ödenburg gelagert wurden. Um sich eines reibungslosen Nachschubs zu versichern, setzten die Frontkämpfer alles daran, die burgenländischen Orte an der ungarischen Grenze sowie das für sie wichtigste Transportmittel, die Bahn, unter ihre Kontrolle zu bringen. Zwar bemühte sich die Christlichsoziale Partei des Burgenlands, die Agitation der Frontkämpferbewegung einzudämmen, scheiterte jedoch letztendlich aufgrund ihres zu geringen Einflusses¹⁰.

Die Parolen der Frontkämpferbewegung, das Burgenland wieder an Ungarn anzugliedern, fielen teilweise auf fruchtbaren Boden. Aufgrund der Friedensverträge von St. Germain und Trianon hatte Österreich mit Westungarn 1,23% der Vorkriegsfläche und 1,4% der Vorkriegsbevölkerung Ungarns erhalten¹¹. Dieses Ergebnis fand aber sowohl bei den Ungarn als auch bei manchen Burgenländern

nicht den erwünschten Anklang. Erstere akzeptierten selbst Jahre später den Gebietsverlust nicht, was sich in einer früh aufkommenden Revisionspolitik niederschlug. Forderungen, die ungarischen Grenzen von 1914 wiederherzustellen, tauchten alsbald in diversen Programmen der unterschiedlichsten Parteien und Gruppierungen auf¹². Magyarophile Tendenzen waren jedoch auch in der burgenländischen Bevölkerung feststellbar. Zu diesen sogenannten Magyaronen zählten u. a. der Klerus, Beamte, Militärs und Großgrundbesitzer wie die Angehörigen der Familie Esterházy¹³.

Kurze Zeit nach der Gründung der Frontkämpferbewegung im Burgenland kam es zu ersten Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten, was letztere schließlich dazu bewog, den Republikanischen Schutzbund in Österreichs jüngstem Bundesland aufzubauen. Damit mehrten sich die Zwischenfälle, die jedoch immer glimpflich verliefen. Um größeres Unheil zu verhindern, verlegten sich die Sozialdemokraten auf eine einfache und dennoch wirksame Taktik: Sooft die Frontkämpfer eine Versammlung ankündigten, meldeten auch die Sozialdemokraten eine Veranstaltung am selben Ort und zur selben Zeit an, worauf die Behörden mit einem Verbot beider Zusammenkünfte antworteten¹⁴.

Dennoch eskalierte die Situation zu Beginn des Jahres 1927 bei einem Zusammenstoß von Schutzbündlern und Frontkämpfern in Schattendorf. Dieser Ort, hart an der Grenze zu Ungarn bei Ödenburg gelegen, verfügte – obwohl überwiegend sozialdemokratisch – seit Sommer 1926 über eine eigene Frontkämpfergruppe. Mit der Gründung des Schutzbundes kurze Zeit später kam es gelegentlich zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Verbänden, doch einigte man sich darauf, die vierzehntägig stattfindenden Veranstaltungen des jeweils anderen nicht zu stören. Als die Frontkämpfervereinigung unter der Leitung von Oberst Max Hiltl am 30. Jänner 1927 eine Kundgebung in Schattendorf abhalten wollte, organisierte der Republikanische Schutzbund eine nicht genehmigte Gegendemonstration. Mehrere Schutzbündler begaben sich, in der Absicht, von auswärts kommende Frontkämpfer zur Umkehr zu bewegen, zum Bahnhof. Als sie auf dem Weg dorthin das Frontkämpferlokal Tscharmann passieren mußten, fielen bereits die ersten Schüsse, durch die jedoch niemand verletzt wurde.

Am Bahnhof selbst gelang es, zehn Frontkämpfer zur Rückreise zu zwingen. Wieder im Ort angekommen, drang ein Teil der Schutzbündler beim Vorbeimarschieren am Gasthof Tscharmann in den Hof ein, woraufhin die Söhne des Wirts, Josef und Hieronimus Tscharmann, sowie deren Schwager Johann Pinter von der im ersten Stock gelegenen Privatwohnung aus das Feuer sowohl auf die Straße als auch in den Hof eröffneten. Während sämtliche im Hof anwesenden Personen unversehrt blieben, wurden vor dem Gasthaus fünf Menschen schwer verletzt und zwei getötet: der kriegsinvaliden Hilfsarbeiter Matthias Csamrits sowie der achtjährige und völlig unbeteiligte Josef Grössing. Die Täter, die vorerst fliehen konnten, standen ein halbes Jahr später vor dem Schwurgericht in Wien und wurden von den Geschworenen in der Frage auf Notwehrüberschreitung wie auch auf jene der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung im Raufhandel freigesprochen. Dieses Urteil, das von niemandem erwartet worden war, bildete den Anlaß für die Ausschreitungen am 15. Juli 1927 in Wien, in deren Zuge der Justizpalast in Brand gesteckt wurde¹⁵.

Die ersten Reaktionen in der Salzburger Presse

„Salzburger Wacht“

Erstaunlicherweise finden sich die ersten Berichte über die Ereignisse in Schattendorf nicht, wie man annehmen möchte, in der „Salzburger Wacht“, sondern in der „Salzburger Chronik“ und im „Salzburger Volksblatt“. Während die „Chronik“ von „zwei Toten und 15 Schwerverletzten“ schreibt¹⁶, weiß das „Volksblatt“ von „vier Toten, vielen Verwundeten und 40 Verhaftungen“ zu berichten¹⁷. Am 1. Februar 1927 füllten das Thema „Schattendorf“ und der daraufhin angekündigte Proteststreik die ersten eineinhalb Seiten in der sozialdemokratischen Zeitung¹⁸. Einen Tag später riefen der Parteivorstand der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs zu einem viertelstündigen Generalstreik im Gedenken an die Opfer von Schattendorf auf. Dieser Appell – Beispiel für den gezielten Einsatz von Sprache – zeichnet sich v. a. durch eine sehr kämpferische und aggressive Diktion aus:

*Genossen und Genossinnen!*¹⁹

Wieder sind Blutopfer der Arbeiterklasse gefallen.

Die Mörderbanden der Frontkämpfer haben unsere Genossen, den Kriegsinvaliden Zmaritsch, haben das einzige Kind unseres Eisenbahnergenossen Größing meuchlerisch ermordet. Die burgenländischen Frontkämpfer sind die Spione Horthys im Burgenland. Sie sind die Mitverschworenen der magyrischen Organisationen, die das deutsche Burgenland wider seinen Willen von unserer Republik losreißen, Ungarn wieder gewinnen wollen²⁰. Die burgenländischen Frontkämpfer sind also eine hochverräterische Organisation. Trotzdem hält die Bundesregierung, hält die Christlichsoziale Partei ihre Hand schützend über die Hochverräter gegen die Republik.

Wir erleben das unerhörte Schauspiel, daß die Regierung eines Staates den Hochverrat gegen diesen Staat schützt und unterstützt. Im Vertrauen auf diesen Schutz haben die burgenländischen Frontkämpfer zu den Mordwaffen gegriffen. Sie haben sich nicht getäuscht. Das Organ der Regierungsparteien stellt sich schon an die Seite der Mörder.

Arbeiter und Angestellte, Republikaner! Die Republik wird keinen Tag sicher sein, so lange die Regierung der Republik in den Händen der Feinde der Republik liegt! Das Leben des Arbeiters wird nicht sicher sein, so lange uns die Protektoren hochverräterischer Mordbanden regieren.

Ihr müßt die Republik, ihr müßt euer Leben selbst schützen. Bauet den Republikanischen Schutzbund! Sorget dafür, daß die nahen Wahlen die Republik von der Schande dieser Regierung befreien! Fordert überall die Auflösung der magyaronischen Frontkämpferorganisation im Burgenland. Am Mittwoch werden unsere Gefallenen im Burgenland begraben ... An diesem Tage werdet ihr, Arbeiter und Angestellte[,] im privaten wie im öffentlichen Dienste um 11 Uhr vormittags für die Dauer von fünfzehn Minuten alle Arbeit einstellen. Der Beginn der Arbeitsruhe ist, wo dies möglich ist, durch Pfeifen der Fabrikssirenen anzuzeigen. Je nach dem Betriebsverhältnis sind während der Arbeitsruhe kurze

Betriebsversammlungen abzuhalten. Von der Arbeitsruhe ist nur dort Abstand zu nehmen, wo dies Gründe der Menschlichkeit oder der allgemeinen Sicherheit erfordern[.] In zweifelhaften Fällen ist im Einvernehmen mit der zuständigen Gewerkschaft vorzugehen. Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir unserer Trauer um unsere Gefallenen Ausdruck verleihen. Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir unserer Forderung nach der sofortigen Auflösung der magyaronischen Mörderorganisation Nachdruck verleihen. Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir demonstrieren gegen die schuldige Regierung! Arbeiter, Angestellte, Republikaner! Wiederum sind Brüder gefallen, aber das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt! Es lebe der Republikanische Schutzbund, es lebe die Sozialdemokratie!

Vier Merkmale charakterisieren diesen Text ganz besonders: das omnipräsente Wortbildungselement „Mord-“ bzw. „Mörder-“, die Identifikationsformeln²¹ wie „wir“, „der Arbeiter“ oder „unser/e“, die dynamischen Verba²² wie „wollen“, „müssen“ und „fordern“ sowie die Gegenüberstellung antithetischer Begriffe wie „Blutopfer der Arbeiterklasse“, „die Mörderbanden der Frontkämpfer“ oder „das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt“. Das Prädikat „sind gefallen“ vermittelt den Eindruck, im Burgenland habe eine Schlacht, ja ein Krieg stattgefunden. (Die zweimalige Bezeichnung der Opfer als „Gefallene“ weiter unten nimmt diesen Gedanken nochmals auf.) Der Ausdruck „Blutopfer“ verleiht dem Ganzen überdies eine sakrale Note. Den Frontkämpfern wird zum Vorwurf gemacht, mit dem ungarischen Horthy-Regime zusammenzuarbeiten, was schließlich in der conclusio mündet, es handle sich bei der Frontkämpferbewegung um eine „hochverräterische Organisation“. Das Feindbild²³ der Sozialdemokraten erhält als zusätzliche Epitheta ornantia u. a. „Spione“, „Mitverschworene“ und „magyaronisch“.

Auch die Klimax findet sich in diesem Text. Während zunächst noch davon gesprochen wird, daß die Regierung, also die Christlichsoziale Partei, ihre Hände schützend über die Hochverräter gegen die Republik halte, wird im nächsten Satz verlautbart, sie unterstütze diese, um schließlich zu behaupten, sie stelle sich auf die Seite der „Mörder“. Mögen die Christlichsozialen auch zu wenig gegen die Frontkämpferbewegung im Burgenland unternommen²⁴ oder die Existenz irredentistischer Bewegungen in Westungarn geleugnet haben²⁵, so erhebt sich doch die Frage, welchen Vorteil sich Partei und Regierung von einer Zusammenarbeit mit den Frontkämpfern, deren Ziel die Angliederung des Burgenlandes an Ungarn war, gerade in einem Wahljahr (!) hätten verschaffen können.

Einen besonders großen Eindruck auf den Leser hinterläßt die hohe Anhäufung von Anaphern und Parallelismen. Zu nennen sind folgende Beispiele: „Trotzdem hält die Bundesregierung, hält die Christlichsoziale Partei ihre Hand schützend über die Hochverräter der Republik.“; „Die Republik wird keinen Tag sicher sein, so lange die Regierung der Republik in den Händen der Feinde der Republik liegt! Das Leben des Arbeiters wird nicht sicher sein, so lange uns die Protektoren hochverräterischer Mordbanden regieren. Ihr müßt die Republik, ihr müßt euer Leben selbst schützen.“; „Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir unserer Trauer um unsere Gefallenen Ausdruck verleihen. Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir unserer Forderung nach der sofortigen Auf-

lösung der magyaronischen Mörderorganisation Nachdruck verleihen. Durch diesen viertelstündigen Generalstreik wollen wir demonstrieren gegen die schuldige Regierung!"; „Es lebe der Republikanische Schutzbund, es lebe die Sozialdemokratie!“ Ebenfalls parallel angeordnet sind die drei Imperative „Bauet den Republikanischen Schutzbund! Sorget dafür, daß die nahen Wahlen die Republik von der Schande dieser Regierung befreien! Fordert überall die Auflösung der magyaronischen Frontkämpferorganisation im Burgenland“. Sie erhalten eine zusätzliche Verstärkung durch die asyndetische, i. e. unverbundene Aneinanderreihung.

Der Befehlstön, der diesen Text vornehmlich beherrscht, drückt sich nicht allein durch eine große Zahl von Rufzeichen und die eben erwähnten Imperative aus. Hinzu treten die Umschreibung der Befehlsform durch die Konstruktion „ist“ bzw. „sind“ mit dem Infinitiv und die direkte Anrede der sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen. Besondere Beachtung verdient hierbei die den vierten Absatz einleitende Wendung „Arbeiter und Angestellte, Republikaner!“, die weiter unten in der leicht abgeänderten Form „Arbeiter, Angestellte, Republikaner!“ noch einmal aufscheint. Die Weglassung von lediglich drei Buchstaben steigert die Wirkung immens. Während bei der ersten Version einem syndetischen Dikolon ein einzelner Ausdruck gegenübersteht, haben wir es bei der zweiten Version mit einem asyndetischen Trikolon zu tun, wodurch einerseits Behagels Gesetz der wachsenden Glieder, andererseits die Alliteration von „Arbeiter“ und „Angestellte“ viel mehr zur Geltung kommen.

Dieser Aufruf erweist sich – wiewohl rhetorisch kunstvoll ausgefeilt – als sehr problematisch. Bei allem Verständnis für die Aufgebrachttheit der Sozialdemokraten mag es dennoch erlaubt sein, Kritik anzubringen. Genannt seien die übertriebene Polemik, die das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Lagern nur noch mehr schürte, die Behauptung, es habe sich bei der Tat um vorsätzlichen Mord gehandelt²⁶, sowie die mangelnde Reflexion der eigenen (sc. sozialdemokratischen) Haltung. Die Sozialdemokraten betrachten sich selbst als Schützer und Retter der Republik, ein Wort, das sich allein im vierten Absatz dreimal (insgesamt siebenmal) findet und zusätzlich in den Begriffen „Republikaner“ und „Republikanischer Schutzbund“ (je zweimal) auftaucht. Die Frontkämpfer hingegen werden als „Hochverräter der Republik“, die Christlichsozialen als „Feinde der Republik“ bezeichnet. Der Leser erhält das Gefühl, als sei die Tat in Schattendorf von langer Hand geplant und organisiert worden; die Provokationen der Schutzbündler werden jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Der Artikel dürfte sowohl beim sozialdemokratischen Publikum als auch beim politischen Gegner seine Wirkung nicht verfehlt haben. Die „Salzburger Chronik“ reagierte umgehend:

„Salzburger Chronik“

Die aufreizende Sprache des sozialdemokratischen Parteiorgans²⁷

Wien, 2. Februar. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie erließ gestern an der Spitze der Parteipresse einen Aufruf an die „Genossen und Genossinnen“, der ziemlich das Aufreizendste darstellt, was in dieser höchsten Erregung geschrieben werden konnte. Wer annahm, daß die traurigen Vorfälle in Schattendorf bei den

Beteiligten Besinnung bringen und den Entschluß reifen lassen würden, mit dem System der Bedrohung und der Einschüchterung endlich zu brechen, der hat sich bei den österreichischen Marxisten gründlich geirrt²⁸. Der Aufruf der roten Parteiführer beginnt mit der ungeheuerlichen Lüge und Schmähung, „die Mordbanditen der Frontkämpfer“²⁹ hätten die zwei Unglücklichen, die am Sonntag durch Gewehrschüsse des Gastwirtssohnes Tscharmann tödlich getroffen wurden, „meuchlings ermordet“. Wohlgemerkt: als die roten Parteiführer diese infame Beschimpfung und Verleumdung der Frontkämpfervereinigung in die Welt schleuderten, waren sie bereits in Kenntnis des wirklichen Herganges. Der sozialdemokratische Parteivorstand beschimpft und verleumdet ferner „die burgenländischen Frontkämpfer“ als „die Spione Horthys im Burgenlande“, als „die Mitverschworenen der magyarischen Organisation“, als „eine hochverräterische Organisation“, als „die Hochverräter gegen die Republik“. Ueber die ferneren Erzählungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, wie „die Regierung schütze und unterstütze den Hochverrat gegen diesen Staat“, „die Bundesregierung und die christlichsoziale Partei „halte ihre Hand schützend über die Hochverräter“, das „Organ der Regierungspartei“ stelle sich schon an die Seite „der Mörder“, die Regierung liege „in den Händen der Feinde der Republik“, paßt in das Konzept.³⁰

Welches Konzept die „Salzburger Chronik“ den Sozialdemokraten zum Vorwurf macht, kann man – wenn auch nicht direkt – so doch zwischen den Zeilen herauslesen: politische Agitation, Unruhestiftung, das Ausschlachten eines dauerlichen Ereignisses zum eigenen Vorteil. Gekonnt versucht das bürgerliche Blatt, die Sozialdemokraten als nicht gerade wahrheitsliebende Polemiker und Garanten politischer Unsicherheit zu charakterisieren. Die einzelnen Zitate werden als „ungeheuerliche Lüge“, „Schmähung“, „infame Beschimpfung“ und „Verleumdung“ bezeichnet. Ein Begriff, der an sich völlig neutral konnotiert ist, die „Erzählung“, wird hier im pejorativen Sinn verwendet, um die Ausführungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes als etwas Märchen- und Legendenhaftes erscheinen zu lassen. Die entsprechenden Verba „beschimpfen“, „verleumden“, v. a. aber „in die Welt schleudern“, verstärken die Ressentiments gegenüber den Behauptungen in diesem Aufruf. Wie in der sozialdemokratischen Presse „Mord-“ und „Mörder-“, so werden nun als Stigmawörter³¹ „Marxisten“ und das in den konservativ-liberalen Zeitungen stets wiederkehrende „rot“ verwendet.

Besondere Glaubwürdigkeit in der Dementierung der sozialdemokratischen Äußerungen erwartet sich die „Chronik“ durch die Aussage, der Parteivorstand habe in Kenntnis des tatsächlichen Hergangs seine Gesinnungsgenossen durch Verbreitung von Unwahrheiten bewußt hinteres Licht geführt. Es dürfte dabei neben der amtlichen Darstellung vom 31. Jänner 1927, die sowohl in der „Wacht“ als auch in der „Chronik“ unterschiedlich wiedergegeben wird³², um die Beobachtungen eines angeblichen Augenzeugen handeln, die vom Leitenden Ausschuss der Frontkämpfervereinigung veröffentlicht wurden. Diesen zufolge empfing eine Abteilung des Republikanischen Schutzbundes die von auswärts kommenden Frontkämpfer, um sie schließlich durch den Einsatz von Leib- und Schlagriemen sowie von Schußwaffen zur Umkehr zu zwingen³³. Die „Chronik“ wirft also den

Sozialdemokraten vor, durch ihr eigenes Verhalten die Ereignisse heraufbeschworen zu haben und wird in den folgenden Zeilen noch deutlicher:

*Die Brandstifter laufen frei herum*³⁴

Der Gastwirtssohn Josef Tscharmann in Schattendorf, der, als die roten Schutzbündler das Gasthaus seines Vaters stürmen wollten, die verhängnisvollen Schüsse abgab, die durch einen unglücklichen Zufall zwei Menschenleben vernichteten, hat sich selbst gestellt und wurde in Haft genommen. Verhaftet worden sind aber auch sein Vater und sein jüngerer Bruder. Verhaftet wurden ferner die Schattendorfer Frontkämpfer Schäfberger und Bindtner³⁵, von denen der erstere erst vor kurzem von den roten Schutzbündlern aufs schwerste mißhandelt worden war. Warum ist keiner von den roten Schutzbündlern verhaftet worden, die mit ihrem Ueberfall auf das Gasthaus und auf die versammelten Frontkämpfer jene Atmosphäre der Aufgeregtheit erzeugt haben, aus der das Unglück geboren wurde?

Wie bereits aus der Überschrift hervorgeht, liegt nach Ansicht der „Salzburger Chronik“ die – zumindest moralische – Schuld bei den Sozialdemokraten. Wie der Artikel der „Salzburger Wacht“, so lebt auch dieser Text mutatis mutandis von der Schwarzweißmalerei, von der Charakterisierung des politischen Gegners. Der Verfasser des Artikels versucht, die vom ersten Stock aus abgegebenen Schüsse der Frontkämpfer als eine Art Verteidigung des Gebäudes und der sich darin befindenden Personen aussehen zu lassen, eine Taktik, die in weiterer Folge auch vor Gericht angewendet werden sollte. Welchen Grund jedoch die späteren Angeklagten hatten, die das Gasthaus passierenden Schutzbündler unter Gewehrfeuer zu nehmen, wird verschwiegen. Die Tat selbst wird als Mißgeschick hingestellt, für das am ehesten das Fatum verantwortlich gemacht werden kann. Dementsprechend fällt die Wortwahl aus: „verhängnisvolle Schüsse“, „unglücklicher Zufall“ und „Unglück“.

Die Frage, ob die Brüder Tscharmann und deren Schwager übereilig reagiert haben könnten, zumal sie nicht einmal über eine Bewaffnung der Schutzbündler Bescheid wußten, stellt sich nicht. Ausgeklammert bleibt, daß bereits beim ersten Vorbeimarsch der Schutzbündler am Gasthaus Tscharmann Schüsse fielen. Auch die Flucht der Täter findet keine Erwähnung. Statt dessen bemüht sich das Blatt, einen der Wirtssöhne, Josef Tscharmann, in ein positives Licht zu rücken mit dem Hinweis, er habe sich selbst gestellt. Daß die Verhaftung seines Bruders und Schwagers Pinter nicht ganz freiwillig vonstatten ging, ist eine weitere Tabuisierung³⁶. Es folgt eine Vereinnahmungstaktik durch die Behauptung, einer der verhafteten Frontkämpfer, ein gewisser Schäfberger, sei kurz vor dem Ereignis in Schattendorf von Schutzbündlern schwer mißhandelt worden³⁷. Davon abgesehen, daß dies vom Leser nicht unmittelbar überprüft werden kann, würde eine solche Mißhandlung noch lange nicht das Verhalten der Täter rechtfertigen. Zudem drängt sich die Frage auf, wie schwer die Mißhandlungen, die – zur Erinnerung – Schäfberger kurz vor dem 30. Jänner 1927 zugefügt worden sein sollen, tatsächlich ausfielen, nachdem das angebliche Opfer der Schutzbündler auffallend bald nach dem Überfall wieder fähig war, ein Gasthaus aufzusuchen. Was ein-

gangs in Form einer appellativen Überschrift gefordert wurde, findet sich, diesmal in eine rhetorische Frage gekleidet, am Ende des Textes wieder: Die Verhaftung der Schutzbündler, die nach Meinung der nicht-sozialdemokratischen Seite durch ihr provokantes Verhalten erhebliche Schuld am Verlauf der Ereignisse trugen³⁸.

Der Artikel, ein Pendant zum ersten Textbeispiel, besteht vornehmlich aus der Beschreibung des Feindbildes Schutzbündler. Beinahe alle Begriffe der Gewalt, so „stürmen“, „Atmosphäre der Aufgeregtheit“ (beides Witterungsmetaphern), „mißhandeln“ und „Ueberfall“ werden den Sozialdemokraten zugeschrieben. Hinzu kommt, daß das Adjektiv „rot“ geradezu pleonastisch das in der sozialdemokratischen Presse übliche „republikanisch“ ersetzt. Zwar bedienten sich die konservativen Blätter, wie oben bereits erwähnt, der roten Farbe als Stigmatisierung des politischen Gegners, doch kann das Nichterwähnen von „republikanisch“ auch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet werden: Die Sozialdemokraten und der Schutzbund verstanden sich stets als Garant für den Fortbestand der Republik und deren demokratischen Grundsätze³⁹, eine Meinung, die gerade von den bürgerlichen Parteien keineswegs geteilt wurde⁴⁰.

„Salzburger Volksblatt“

Das „Salzburger Volksblatt“ unterscheidet sich in seiner Berichterstattung über die Ereignisse in Schattendorf sehr wesentlich von den beiden anderen Zeitungen. Zum einen schenkt es der Tat selbst, dem daran anschließenden Gerichtsverfahren sowie dessen Urteil weniger Aufmerksamkeit als seine Konkurrenz, zum anderen versucht es, relativ neutral zu bleiben und Fehler sowohl bei Frontkämpfern als auch bei Schutzbündlern zu suchen. Texte, die das Polemisieren gegen nur eine Bewegung beinhalten, wird man daher im „Volksblatt“ nicht finden. Selbst die äußerst scharfe und weiter unten analysierte Reaktion auf das Urteil im Schattendorfer Prozeß und auf die gesellschaftspolitische Lage im Burgenland kann mit den Artikeln in der „Salzburger Wacht“ und in der „Salzburger Chronik“ nicht verglichen werden. Daß sich das „Volksblatt“ von letzterer abheben, aber dennoch nicht dem sozialdemokratischen Lager zuordnen lassen will, wird besonders deutlich in einem Kommentar zu der für den 3. April 1927 anberaumten Salzburger Landtagswahl, für dessen Inhalt der damalige Chefredakteur Thomas Mayrhofer verantwortlich zeichnet und u. a. folgendes schreibt⁴¹:

[...] Die „Salzburger Chronik“ kommt in diesem Zusammenhange⁴² auch darauf zu sprechen, daß wir wiederholt für eine bürgerliche Wahlgemeinschaft bei den Nationalratswahlen eingetreten sind. Dazu bekennen wir uns ohne jede Reue[,] und wir könnten noch hinzufügen, daß wir angesichts des Strebens der Sozialdemokraten nach der Macht im Staate dabei bleiben, es sollten sich gegen diese sozialdemokratische Offensive wider alles, was nicht marxistisch gesinnt ist, alle Nichtmarxisten unbedingt zu einer Front zusammenschließen. Weit entfernt davon, zu allem, was die Christlichsozialen sagen und tun, ja und amen zu sagen – der vorliegende Fall gibt davon Zeugnis –, sehen wir doch unsere erste Aufgabe nicht darin, antichristlichsoziale, sondern vielmehr vor allem antimarxistische, antiklassenkämpferische Politik zu machen [...].

In der Causa Schattendorf läßt das Blatt sehr vorsichtig und subtil anklingen, daß es eher mit den Frontkämpfern oder, besser ausgedrückt, konservativen Kräften sympathisiert. Es entsteht der Eindruck, daß die Redakteure durchaus bemüht und gewillt waren, möglichst emotions- und wertfrei zu schreiben, was sich u. a. darin äußert, daß in einer ersten Meldung über die Ereignisse im Burgenland beide Versionen, also die des Schutzbundes und die der Frontkämpferbewegung, wiedergegeben werden⁴³. Besonders eindringlich gestaltet sich der Appell, die paramilitärischen Verbände endlich aufzulösen⁴⁴:

[...] Man mache endlich mit der Soldatenspielerei radikal Schluß. Wir stehen nicht an, zu sagen, man solle zunächst die Frontkämpfer auflösen, dann aber müssen auch sofort alle Organisationen des Republikanischen Schutzbundes restlos verschwinden und es muß auch dafür gesorgt werden, daß alle Waffen, über die dieser Bund in reichem Maße verfügt, ihm und seinen Angehörigen abgenommen werden. Es muß auch verhindert werden, daß der Republikanische Schutzbund unter irgend einem anderen Namen wie etwa „Ordnungstruppe“ oder „Verband sozialdemokratischer Ordner“ wieder auflebe.

[...] So wie die Dinge jetzt stehen, daß wir, die wir heute am Beginne eines Wahljahres stehen, das ja besondere politische Erregungen mit sich bringen wird, von Sonntag zu Sonntag vor neuen Frontkämpfer- und Schutzbundschlachten bangen müssen, darf es nicht weitergehen.

Wenn auch nicht direkt ausgesprochen, so ist die Haltung des „Volksblattes“ doch deutlich herauszulesen. Weniger die Frontkämpferbewegung, als vielmehr der Republikanische Schutzbund wird als eigentliche Gefahr für den Staat betrachtet. Daß der Zeitung die Auflösung beider Verbände am Herzen liegt, zeigen die Adverba „endlich“, „radikal“, „sofort“ und „restlos“, die einen Imperativ umschreibenden Konjunktive „man mache“ und „man solle“ sowie das dreimalige „müssen“. Während sich der Autor bei der Auflösung der Frontkämpferbewegung nicht lange aufhält und den Verdacht auf irredentistische Tendenzen im Burgenland mit keinem Wort erwähnt, warnt er bei den Schutzbündlern umso eindringlicher vor etwaigen Schachzügen, durch die sie ein Verbot ihrer Bewegung umgehen könnten. Bei der Identifikationsformel „wir“ dürfte es sich ganz allgemein um die Bevölkerung Österreichs sowie um sämtliche moderaten Kräfte des Landes handeln, die eine Verschärfung der politischen Lage, sei es durch Worte oder Taten, ablehnen.

Auch der nächste Text beschäftigt sich in ähnlicher Weise mit derselben Thematik:

Nach dem Blutsonntag⁴⁵

[...] Objektiv betrachtet, ist der traurige Vorfall von Schattendorf wohl nur ein Beweis dafür, daß es für die Behörden und für die Volksvertretung nur eine dringliche Aufgabe in dieser Richtung gibt: die sofortige Auflösung der bewaffneten Organisationen, vor allem der Frontkämpfer und des Republikanischen Schutzbundes. Die weitere Lehre, die aber natürlich die Sozialdemokraten am allerwenigsten beherzigen werden, ist die, daß es nur von den verhängnisvollsten Folgen begleitet sein kann, wenn man gegenteilige Überzeugungen durch

die Verhinderung von Versammlungen, durch gewaltsames Einschreiten und durch Terror um das Recht der freien Meinungsäußerung bringen will.

Wollte man den Begriff „objektiv“ in diesem Zusammenhang im Sinn von „unabhängig“ oder „unparteiisch“ auffassen, so ergäbe sich daraus wenige Zeilen weiter unten ein inhaltlicher Widerspruch. Tatsächlich kann „objektiv“ hier nur „gegenständlich“, „sachlich“ bedeuten⁴⁶ und bezieht sich somit nicht auf die Position der Zeitung zur Tat in Schattendorf. „Objektiv betrachtet“ ließe sich also auch durch „betrachtet man den Sachverhalt“ wiedergeben. Erneut fordert das „Salzburger Volksblatt“ die Auflösung der bewaffneten Verbände, richtet ihren Appell jedoch diesmal an die dafür zuständigen Institutionen und übt damit indirekt Kritik an deren Versäumnissen. Da man von den Verbänden nicht erwarten kann, einen Schritt in Richtung Selbstauflösung zu setzen, ergibt sich auf die Frage nach den für diese wenig zufriedenstellende politische Situation Verantwortlichen nur eine Antwort: Sowohl die Behörden als auch die Volksvertreter haben völlig verkannt oder auch verkennen wollen, welche Probleme und Gefahren sich aus der Existenz paramilitärischer Organisationen ergeben.

Das „Volksblatt“ fordert ausnahmslos das Verbot sämtlicher Verbände dieser Art. Dennoch fällt auch hier die Kritik an den Sozialdemokraten und den Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes schärfer aus als an allen anderen unter Beschuß geratenen Adressaten. Daß „natürlich die Sozialdemokraten am allerwenigsten“ die aus dem Vorfall in Schattendorf resultierende „Lehre beherzigen werden“, ist eine polemische Behauptung, die, da die Zukunft betreffend, jeder Grundlage entbehrt. Die nun folgenden pejorativen und sich auf den Schutzbund beziehenden Begriffe „verhängnisvolle Folgen“, „Verhinderung von Versammlungen“, „gewaltsames Einschreiten“, „Terror“ und „jemanden um etwas bringen wollen“ lassen ebenfalls die Ressentiments des Volksblattes gegenüber dieser Organisation erkennen. Der Autor dürfte – wie die „Salzburger Chronik“ – die Sozialdemokraten als die eigentlichen Schuldigen betrachten, da für ihn die Äußerung der freien Meinung, welche auch immer das sein mag, mehr wiegt als die k(r)ampfhafte Verhinderung derselben.

Die Beurteilung des Prozeßausgangs

„Salzburger Wacht“

*Die Schattendorfer Mörder — freigesprochen*⁴⁷

Der Freispruch der Arbeitermörder von Schattendorf wird nicht verfehlen, peinliches Aufsehen hervorzurufen und in allen Arbeiterherzen schmerzliches Empfinden auszulösen, in dem Bewußtsein, daß wieder einmal die Gerechtigkeit gebeugt wurde. Wer den Verlauf des Prozesses verfolgt hat, wird freilich schon vor dem erfolgten Verdikt nicht allzuviel Vertrauen in diese Geschwornen gesetzt haben. Die eindringliche Anklagerede des Staatsanwalts und des Verteidigers der Privatbeteiligten hat sie menschlich nicht gerührt. Auch die angeklagten Mörder waren sich ihres zu gewärtigenden Freispruches förmlich bewußt. Sie trugen während des Prozesses zuversichtliche, ja hämische Mienen zur Schau. Diesmal

haben die Geschwornen in Wien nicht im Namen des Mitleids freigesprochen. Freilich waren sie nicht Wiener, sondern aus dem Burgenland nur nach Wien delegiert. Auch der Jammer der Witwe des ermordeten Csmarits und der Eltern des ermordeten Kindes Grössing ging ihnen nicht nahe. „Dieser Fall ist der Prüfstein der Schwurgerichtsbarkeit“, sagte der Verteidiger der Privatbeteiligten in seinem Plädoyer. Dieser Appell war vergeblich getan. Diese Geschwornen hatten anscheinend kein Interesse daran, daß die Institution der Geschwornengerichte heute Gegenstand der schwersten Angriffe ist⁴⁸. Auch für die Gegner der Geschwornengerichte war dieser Prozeß ein Prüfstein. Denn sie rechneten, wenn hier für Arbeitermörder ein Freispruch gefällt wird, dann werde auch die Arbeiterklasse erkennen müssen, daß die Geschwornengerichte von Uebel seien und abgeschafft gehören. So steht die Sache freilich nicht, denn auch dieser Freispruch beweist nichts gegen die Institution der Geschwornengerichte. So schmerzlich auch dieser „Wahrspruch“ der Geschworenen von der Arbeiterklasse empfunden werden wird, so wenig wird sie die Folgerung ziehen, daß deshalb die Institution schlecht sei und ausgemerzt gehöre. Die Ursache dieses Freispruchs liegt auf anderem, auf politischem Gebiete und reicht über diesen Prozeß nicht hinaus. Gewiß, die Reaktion in Oesterreich, die Hasser der Sozialdemokratie werden die Bedeutung dieses Freispruchs zu verallgemeinern versuchen und frohlocken. Aber solche Folgerungen sind fehl am Ort. Der Frontkämpfergeist oder besser: Ungeist wird durch diesen Freispruch nicht nur keine Stärkung erfahren, sondern in allen Herzen, die sich einen Funken sozialen Gewissens und Erbarmens gewahrt haben, Empörung hervorrufen und Sühne heischen.

Die aus sozialdemokratischer Sicht verständliche Reaktion auf das Urteil beginnt äußerst pathetisch; vom „Arbeiterherz“, vom „schmerzlichen Empfinden“, vom „Bewußtsein“ ist die Rede. Neben den Frontkämpfern werden die Geschworenen zum neuen Feindbild. Ihnen wird unterstellt, von Anfang an befangen und von der Unschuld der Angeklagten überzeugt gewesen zu sein⁴⁹. Der Redakteur geht soweit, zu behaupten, die Brüder Tscharmann und deren Schwager Pinter hätten zu Prozeßbeginn bereits über den Ausgang der Verhandlung Bescheid gewußt⁵⁰. Für die „Salzburger Wacht“ steht das Mitleid mit den Angehörigen der Opfer, steht die Sühne nach vier ungesühnten politischen Todesfällen im Vordergrund. Daß es unmöglich war, den oder die Todesschützen unter den drei Angeklagten mit Sicherheit zu bestimmen, ist irrelevant. Man will die Verurteilung aller drei in sämtlichen Anklagepunkten, egal, ob sie dieser Tat überführt werden konnten oder nicht. Die Geschworenen versagten meiner Meinung nach völlig, was die Punkte öffentliche Gewalttätigkeit und Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens betrifft. Mag es auch nicht in ihrer Absicht gelegen sein, vorsätzlich Menschen zu töten – eine Mordanklage wurde ja auch nie erhoben –, so durfte man den Beschuldigten durchaus vorwerfen, durch ihre überzogene Reaktion auf das Verhalten der Schutzbündler nicht nur diese, sondern auch unbeteiligte Zivilpersonen gefährdet zu haben. Für die Sozialdemokraten blieb die Tat, wie der Text zeigt, bis zum Schluß ein vorsätzlich geplanter und von Ungarn aus unterstützter Mord, der daran anschließende Prozeß ein – um die Worte des Verteidigers der Privatbeteiligten zu zitieren – „Prüfstein der Schwurgerichtsbarkeit“.

Es wird suggeriert, der Prozeß hätte anders ausgehen können, wären die Geschworenen nicht Burgenländer, sondern Wiener gewesen⁵¹. Es wird suggeriert, den Geschworenen hätte weniger am Ruf der Schwurgerichtbarkeit als vielmehr am Freispruch der Angeklagten gelegen. Und es wird suggeriert, die Gegner der Schwurgerichtbarkeit würden dieses Urteil nun als Aufhänger für eine Kampagne gegen die Institution der Geschworenengerichte verwenden und die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen suchen. Umgehend erteilt die „Salzburger Wacht“ dem von ihr selbst (!) dieser Gruppe unterstellten Vorhaben eine Abfuhr: „So schmerzlich auch dieser ‚Wahrspruch‘ der Geschworenen von der Arbeiterklasse empfunden werden wird, so wenig wird sie daraus die Folgerung ziehen, daß deshalb die Institution schlecht sei und ausgemerzt gehöre.“ Unklar bleibt, wer für die „schwersten Angriffe“ auf die Geschworenengerichte, wie die „Wacht“ wenige Zeilen weiter oben schreibt, tatsächlich verantwortlich ist. Den Freispruch als Beweis für die Untauglichkeit der Schwurgerichtbarkeit zu betrachten, kann doch nur für diejenigen gelten, die mit diesem Urteil nicht zufrieden sind. Vergleicht man die Reaktionen der einzelnen Zeitungen auf den Prozeßausgang, so sind es – neben der „Neuen Freien Presse“⁵² – lediglich sozialdemokratische Organe, die ihre Mißbilligung zum Ausdruck bringen⁵³. Der nun folgende Satz „Die Ursache dieses Freispruchs liegt auf anderem, auf politischem Gebiete und reicht über diesen Prozeß nicht hinaus.“ könnte aufgrund seiner ungenauen Formulierung leicht mißverstanden werden. Natürlich ist nach Ansicht der Sozialdemokraten die Ursache für das Urteil weniger im juristischen als vielmehr im politischen Bereich zu suchen, was jedoch nicht bedeuten kann, daß diese über den Schattendorfer Prozeß nicht hinausreiche. Das einzige, was nicht darüber hinausreichen kann, ist, wie die anschließenden Ausführungen bestätigen, der Freispruch, während die dafür verantwortlich gemachten politischen Gründe weiter bestehen bleiben. Die Sozialdemokraten unterstellen ihren ideologischen Gegnern, aus der Entscheidung der Geschworenen, dem fünften Freispruch in Folge, ein für alle zukünftigen „Arbeitermörder“ allgemeingültiges und verbindliches Urteil zu machen.

Im nächsten Satz kommt es zu einer Einschränkung, ja gegenteiligen Bemerkung: Der Freispruch wird nicht das konservativ-reaktionäre Lager, sondern die Sozialdemokratie und alle Menschen „sozialen Gewissens“ stärken. Gekonnt werden diese letzten Zeilen mit verschiedenen rhetorischen Elementen ausgeschmückt. Der Autor korrigiert sich selbst und degradiert den „Frontkämpfergeist“ zum „Ungeist“, er steigert den Aussagegehalt des Satzes durch die Litotes „nicht nur keine Stärkung“ und endet, wie er begonnen hat: emotional, pathetisch, um Sympathie werbend. „Empörung“ und „Sühne“ stehen dem „Freispruch“ zu Beginn des Artikels antithetisch gegenüber und bilden zugleich die Klimax dieses Kommentars.

„Salzburger Volksblatt“

Erstaunlicherweise läßt sich auf das von den Geschworenen gefällte Urteil in der christlichsozialen „Chronik“ keine Reaktion finden, die der der „Salzburger Wacht“ mutatis mutandis entsprechen könnte. Die kurze und völlig emotions-

lose Meldung über den Freispruch selbst deckt sich wortwörtlich mit der im „Salzburger Volksblatt“⁵⁴. Umso interessanter erscheint es, wie letzteres, als nicht-sozialdemokratische Zeitung, das Urteil betrachtet:

Freispruch im Schattendorfer Prozeß⁵⁵

[...] Die an und für sich fast unerträgliche Siedehitze der heutigen innenpolitischen Atmosphäre hat die Gewehre in Schattendorf losgehen lassen. Dieser bisher völlig unbekannte Ort liegt in dem seit neun Jahren zu Österreich gehörigen Bundeslande Burgenland, dem östlichen Teile Österreichs. Metternich hat bekanntlich gesagt, daß hinter seiner Wiener Villa, die im Osten der Residenzstadt lag, der Balkan beginne. In Schattendorf scheint das Beschießen des politischen Gegners die allgemeine Verkehrssprache zu sein. Der Vorsitzende im Prozesse bemerkte auch sehr richtig, das Schießen sei dort anscheinend das, was in anderen Gegenden die elektrische Klingel bedeute. Man kann nicht behaupten, daß dieses uns widerwillig von Ungarn übergebene Land von der berühmten ehemaligen österreichischen Freundlichkeit durchtränkt sei. Es lebt anscheinend nach einem sehr wenig komplizierten, rücksichtslosen Verkehrskodex, bei dem das Umbringen des politischen Gegners keineswegs entehrend ist, sondern womöglich noch den Lorbeerkrantz der eigenen Parteigenossen einträgt. Das Einzelleben wiegt dort nicht recht schwer, das Gewissen der Leute scheint von primitiver Auffassung zu sein, und über ein bißchen politischen Totschlag wird nicht viel Wesens gemacht. Möglicherweise haben also jene Menschen nicht unrecht, die behaupten, die Leitha sei nicht nur eine ehemalige Staaten-, sondern eine noch jetzt bestehende Kulturgrenze.

Immerhin wird das österreichische Gesetz trachten müssen, auch praktisch im Burgenlande, jenem ausgesprochenen Agrarland ohne größere Städte, ohne großzügige Bahnen, ohne Fremdenverkehr, ohne gute Hotels, einigermaßen unsere Rechtsauffassung, die ohnedies verbogen, verkrüppelt und geknebelt ist, beizubringen. Wie gesagt, wir sind ja, was politische Anständigkeit und politischen Ton betrifft, durchaus nicht verwöhnt. Die Unduldsamkeit, das Oktroi, die gedroschene Phrase ist bei uns mehr als genug zuhaus. Aber immerhin wird hierorts das Menschenleben noch einigermaßen respektiert. Bei uns ist die Erkenntnis der Binsenwahrheit, daß die Menschen wirtschaftlich – mögen ihre Ansichten noch so sehr auseinandergehen – schicksalsmäßig zusammengehören, wenigstens noch rudimentär vorhanden. Für Österreich ist der Krieg vorbei. Im Burgenland aber knallt es noch immer lustig, und die Angriffe auf den politischen Gegner ähneln verdächtig stark der Feldtaktik der Weltkriegszeit. Dieses Überbleibsel der Gewalttätigkeit muß fallen. Die Leute sollen einander nicht totschießen, es genügt, wenn sie sich beschimpfen. Und das können sie bei uns Österreichern ausgiebig lernen. Aber Schießereien sollte man aufs schwerste bestrafen. In diesem Sinne ist der Freispruch im Schattendorfer Prozeß bedauerlich. Er erfolgte, weil wahrscheinlich eine genaue Feststellung der einzelnen Täterschaft nicht möglich war. Aber freilich hatten die Geschworenen auch dem Umstand Rechnung zu tragen, daß das brutale aggres[s]ive Verhalten der Schutzbündler, die unter dem Protektorate des Bürgermeisters standen, die Frontkämpfer als freies Wild behandelten.

Der Text besticht vor allem durch zwei Phänomene: die Anhäufung polemischer, um nicht zu sagen sarkastischer Ausdrücke sowie durch den Umstand, daß das Burgenland im Jahr 1927 vom österreichischen Westen noch immer nicht als gleichwertiges Bundesland akzeptiert wurde.

Der erste Satz beinhaltet die Kombination zweier Witterungsmetaphern („Siedehitze“, „Atmosphäre“), die für die abgegebenen tödlichen Schüsse verantwortlich gemacht werden. Auch diesmal verschließt die Zeitung die Augen vor der Tatsache, daß Menschen – aus welchen Gründen, sei dahingestellt – die Gewehre in Schattendorf losgehen ließen. „Siedehitze“ ist jedoch nicht allein als Metapher, sondern auch als Synekdoche aufzufassen. Denn was das „Volksblatt“ damit in erster Linie ausdrücken will, ist die ihrer Meinung nach provokante Verhaltensweise der Schutzbündler, die diese explosive Stimmung, diese brisante Situation und damit in weiterer Folge die Schüsse der Frontkämpfer hervorrief. Der Autor kommt nun auf das Burgenland, auf Schattendorf selbst zu sprechen. Er beruft sich auf die Autorität⁵⁶ Metternich, wenn er das jüngste Bundesland Österreichs als Teil des Balkans betrachtet, der, wie die weiteren Ausführungen zeigen, als Inbegriff einer nichtzivilisierten und stets zu Gewalt bereiten Welt gegolten haben muß.

Die Tat vom 30. Jänner 1927 wird verwendet, um in einer Klimax die angebliche Gewaltbereitschaft eines ganzen Dorfes, schließlich eines ganzen Bundeslandes zu skizzieren. Wird das „Beschießen des politischen Gegners“ anfangs als „allgemeine Verkehrssprache“ bezeichnet, vergleicht der Vorsitzende des Schwurgerichts – auch hier die Berufung auf eine Autorität – diese Handlung mit dem Betätigen einer „elektrischen Klingel“, womit der schnelle und unüberlegte Griff zur Waffe vom politischen auf den zivilen Bereich ausgedehnt wird. Die Worte „ein sehr wenig komplizierter, rücksichtsloser Verkehrskodex“ läßt den Leser auf ein im Osten Österreichs vorherrschendes Recht des Stärkeren schließen. Die Polemik setzt sich fort, indem durch eine Litotes suggeriert wird, die Tötung von Mitmenschen gereiche dem Täter nicht nur nicht zum Nachteil (auch dies eine Litotes), sondern möglicherweise sogar zu Ehrungen seitens der Partei. Verstärkt wird diese Annahme durch die Behauptung, das Menschenleben jedes einzelnen sei im Burgenland völlig unbedeutend, und das Gewissen, das der dort lebenden Bevölkerung vom „Volksblatt“ zugestanden wird, zeichne sich durch „primitive Auffassung“ aus. Den inhaltlichen Höhepunkt bildet die Unterstellung, „ein bißchen politischer Totschlag“ – eine Bagatellisierung – stelle für die Burgenländer keinen Grund zur Beunruhigung dar.

Was hier bereits anklingt und sich im folgenden Absatz verstärkt, ist der Versuch, Österreich und seine Einwohner in zwei ungleiche Hälften zu teilen und diese einerseits durch Antithesen, andererseits durch Identifikationsformeln einander gegenüberzustellen. Die Abneigung, das jüngste Bundesland Österreichs als vollwertigen Teil des Bundesstaates anzuerkennen, kommt sehr deutlich in der Periphrase „dieses uns widerwillig von Ungarn übergebene Land“ zum Ausdruck. Aus der Sicht der westlichen Länder handelte es sich beim Burgenland also immer noch weniger um einen ihnen ebenbürtigen Teil des österreichischen Staatsgebiets, als vielmehr um eine zu Ungarn gehörende Region. Die Aversion geht so weit, daß – wenn auch einschränkend – denjenigen Stimmen Recht ge-

geben wird, die im Leithagebirge nicht nur „eine ehemalige Staaten-“, sondern sogar „eine auch noch jetzt bestehende Kulturgrenze“ sehen. Bezeichnend ist die Aneinanderreihung der Adverba „auch noch jetzt“. Es entsteht der Eindruck, als habe es unter ungarischer Herrschaft im Burgenland keine Kultur gegeben, als sei ab 1919 ein von Restösterreich gestartetes Kulturentwicklungsprogramm eingerichtet und bis dahin noch nicht im gewünschten Maß angenommen worden. Was der Leser unter Kultur zu verstehen hat, wird in dem nun folgenden Absatz ausgeführt. Es verwundert nicht, daß in Salzburg, das sich eines Wolfgang Amadeus Mozart, eines Georg Trakl, eines Stephan Zweig und eines Max Reinhardt rühmen darf, auf das Fehlen von Fremdenverkehr und der dafür notwendigen Infrastruktur im Burgenland besonderes Augenmerk gelegt wird⁵⁷.

Dem unterentwickeltesten Bundesland und seinen scheinbar kultur- und gesetzeslosen Bewohnern steht das „österreichische [!] Gesetz“ gegenüber. Der Redakteur richtet einen Appell an die für die Schaffung und Einhaltung von Gesetzen verantwortlichen Personen – Judikative, Exekutive, Legislative und Administration –, die Verbindlichkeit der österreichischen Rechtsnormen im Burgenland endlich geltend zu machen. Zwar betrachtet man, wie die Epitheta „verbogen, verkrüppelt und geknebelt“ zeigen, auch die eigene – „unsere“ – Rechtsauffassung nicht unkritisch und ist über die politische Diktion in ganz Österreich nicht sehr glücklich, doch wäre ein aus politischen Motiven herbeigeführter gewaltsamer Tod in den westlichen Ländern relativ unwahrscheinlich. Vereinnahmungstaktik, Polemik und Antithese setzen sich fort in den Ausdrücken „bei uns“ bzw. „Für Österreich ist der Krieg vorbei. Im Burgenland knallt es noch immer lustig“. Die Situation wird also bereits einem Kriegszustand gleichgesetzt, dessen Beendigung vom Autor vehement („muß fallen“) gefordert wird. Verbale Attacken gesteht er den burgenländischen Politikern zu, zumal diese im gesamten Land weit verbreitet und „von uns Österreichern ausgiebig“ zu lernen seien.

Erst jetzt wird, beginnend mit dem Satz „Aber Schießereien sollte man auf schwerste bestrafen“, der Freispruch im Schattendorfer Prozeß angesprochen. Das „Salzburger Volksblatt“ bezeichnet dieses Urteil als „bedauerlich“ und scheint es zu mißbilligen, relativiert jedoch diese Haltung im nächsten Satz. Mag es auch unmöglich gewesen sein, den oder die Urheber der tödlichen Schüsse ausfindig zu machen, so stand dennoch unverrückbar fest, welche Personen zu den Gewehren gegriffen und blindlings auf die Straße geschossen hatten. Somit hätten die Angeklagten zumindest in den Fragen auf öffentliche Gewalttätigkeit und Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens schuldig gesprochen werden müssen. Der Autor sieht dies anders und setzt damit die frontkämpferfreundliche Haltung der Zeitung fort. Für ihn ist dieses Urteil v. a. deshalb nachvollziehbar, da die moralische Schuld bei den Schutzbündlern liege, die mit ihrem „brutalen aggressiven Verhalten“ und ihrer Behandlung der „Frontkämpfer als freies Wild“ die Ereignisse heraufbeschworen hätten. Es erhebt sich der Verdacht, daß der Freispruch der Frontkämpfer vom „Salzburger Volksblatt“ als eine Art Entschädigung dafür gesehen wird, daß kein einziger Schutzbündler auf der Anklagebank saß.

Nicht Ideologie, sondern Topographie steht in diesem Artikel im Vordergrund. Polemisiert wird weniger gegen die Sozialdemokratische Partei, als vielmehr gegen die Bevölkerung eines ganzen Bundeslandes. Die Kluft zwischen Ost

und West, von der ich glaube, daß sie bis heute nicht überwunden ist, verdeutlicht, auf welch wackeligen Beinen der junge Kleinstaat Österreich im Jahr 1927 stand und welch großer Unwillen in der westlichen Landeshälfte herrschte, das Burgenland als das zu akzeptieren, was es seit 1919 war: eines der neun österreichischen Bundesländer. Sei es aus Unwissenheit, sei es aufgrund von Vorurteilen, werden mit dem Burgenland, das sicherlich rückständig war, wegen seiner Agrarstruktur Gewaltbereitschaft, Roheit sowie Kultur- und Rechtlosigkeit in Verbindung gebracht. Dabei wird völlig ignoriert, daß für die politische Situation im Burgenland vornehmlich paramilitärische Organisationen verantwortlich waren, die von Wien und nicht von Eisenstadt aus den Aufbau burgenländischer Verbände forcierten.

Gesamtanalyse

Obwohl in ihrer Intention und politischen Ausrichtung völlig unterschiedlich, lassen sich doch einige frappante Ähnlichkeiten und Parallelen beim Vergleich von „Salzburger Chronik“, „Wacht“ und „Volksblatt“ finden. Zunächst muß darauf hingewiesen werden – und dies gilt für alle Blätter –, daß Zeitungen zur damaligen Zeit einen gänzlich anderen, höheren Stellenwert hatten als in der heutigen Telekommunikations- und Informationsgesellschaft. Die Zeitung war sicherlich das wichtigste Medium. Fernsehen, Teletext, Telefax und dergleichen gab es nicht, der Besitz von Telefon und Radio setzte bestimmte finanzielle und infrastrukturelle Verhältnisse voraus, und auch das Kino war, gerade auf dem Land, nicht jedem zugänglich. Somit lag die Vermittlung von Daten und Ereignissen in hohem Maß in den Händen der Zeitungen, eine Machtposition, deren sich Redakteure und Herausgeber durchaus bewußt waren. Dies spiegelt sich im sorglosen, ja bisweilen verantwortungslosen Umgang mit Sprache wider. Während die meisten heute erscheinenden Blätter – auch Parteiblätter – versuchen, moderat zu schreiben und selbst im Anbringen von Kritik an verschiedenen Umständen, Haltungen, Entscheidungen und politischen Gegnern die sprichwörtliche *aurea mediocritas* zu wahren, verfolgen die drei dieser Untersuchung zugrundeliegenden Zeitungen einschließlich des „Salzburger Volksblatts“ ein anderes, gefährliches Ziel. In einer Zeit politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit, die geprägt war von Radikalismus, dem Agieren paramilitärischer Verbände und scheinbar unüberbrückbaren Differenzen zwischen den einzelnen ideologischen Lagern, sahen sich die Zeitungen dazu veranlaßt, die bereits bestehende Kluft in der Bevölkerung zu vergrößern und den Haß gegen den jeweils anderen zu vermehren. Man schreibt, um den Leser in seiner vorgefaßten Meinung zu bestätigen⁵⁸ und um ihn über die von oben oktroyierte Haltung in Kenntnis zu setzen. „Sensation statt Information“ lautet die Devise. Eine Reflexion der eigenen Mitschuld oder zumindest Mitverantwortlichkeit am politischen Klima der Ersten Republik findet nicht statt, und dies, obwohl alle drei Blätter geprägt sind von Polemik, Aggression und unhaltbaren bzw. unüberprüfbar Vorwürfen an den Gegner. Es steht nicht zur Debatte, welche der behandelten Zeitungen diese Taktik am vehementesten verfolgt. Daß die Berichterstattung gerade davon lebt, stellen alle drei mehr als ausreichend unter Beweis. Und wer annahm, das „Salzbur-

ger Volksblatt“ würde hier eine Ausnahme bilden, wurde spätestens beim letzten Textbeispiel eines Besseren belehrt.

Was die Verwendung von Tropen und Figuren betrifft, so ist hier sicherlich eine Ambivalenz gegeben. Der gekonnte Einsatz von rhetorischen Stilmitteln verlangt Sprachkompetenz, die man heute bei vielen Journalisten vergeblich suchen wird. Die Redakteure der Salzburger Zeitungen wußten offensichtlich um die Wirkung solcher sprachlicher Elemente und bereiteten ihre Texte dementsprechend auf. Problematisch ist, daß die Metasprache Rhetorik hier ausschließlich der Manipulation der Leserschaft dient und den aggressiven, appellativen und kämpferischen Ton erzeugt, der jedes Gemüt aufwiegelt und die Zwietracht in der Bevölkerung wachsen läßt. Das Feindbild, dem stets negative Qualitäten zugeschrieben werden, findet sich in allen drei Zeitungen. Was der „Salzburger Chronik“ die Sozialdemokraten, Marxisten und Schutzbündler sind, sind der „Salzburger Wacht“ die Christlichsozialen, der Klerus, Magyarophile und die Frontkämpferbewegung. Das „Salzburger Volksblatt“ kritisiert zwar beide Lager, sympathisiert jedoch mit den Feindbildern des sozialdemokratischen Blattes. Beiden gemeinsam sind die Ressentiments gegenüber dem Burgenland. Jede Zeitung versucht, ihre Leser zu vereinnahmen, sei es durch Identifikationsformeln, Appelle oder die Bemühungen, die eigene Darstellung der Dinge – oft unter Berufung auf eine Autorität – als die einzig richtige erscheinen zu lassen. Schwarzweißmalerei, Antithesen und polemische Formulierungen sind ebenfalls ein ganz wichtiger Bestandteil. Rücksichtnahme auf den anderen sucht man vergeblich: Das sozialdemokratische Fahnenwort „Republik“ wird in der konservativen Presse durch das – aus ihrer Sicht – Stigmawort „rot“ ersetzt. Die „Salzburger Wacht“ beharrt im Gegenzug bis zum Urteil auf dem Begriff „Mord“ zur Titulierung des Ereignisses in Schattendorf. Bezeichnend ist, daß sämtliche Blätter für sie und ihre politische Ausrichtung unangenehme Details tabuisieren und dem Publikum dadurch geradezu verdächtig anmutende Halbwahrheiten präsentieren, die lediglich darauf abzielen, die eigene „Integrität“ bzw. die „Ruchlosigkeit“ des jeweils anderen unter Beweis zu stellen.

Welches Ergebnis läßt sich abschließend festhalten? Sprache und Politik stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Parallel zur brachialen Gewalt, die den politischen Alltag der Ersten Republik bestimmte, finden wir die verbale Gewalt in den Medien. Ich wage zu behaupten, daß beide Phänomene nicht nur voneinander abhängig waren, sondern sich gegenseitig provozierten. Beides, der die Politik regierende Ton sowie die Diktion der Medien, bestimmen ganz wesentlich das Klima in einem Land. Dies wurde in der Ersten Republik ignoriert. Daß ein Lern- und Umdenkprozeß stattgefunden hat, bestätigt der Status des heutigen Österreich.

Verzeichnis der rhetorischen Stilmittel

- Alliteration:** Gleichheit der Anfangslaute; vgl. *Heinrich Lausberg*, Handbuch der literarischen Rhetorik. Ein Grundlegung der Literaturwissenschaft (Stuttgart 1990), S. 885.
- Abstractum pro concreto:** Art der Metonymie (Begriffsvertauschung), Verwendung eines abstrakten Begriffs anstelle eines konkreten (hier Reaktion statt Reaktionäre); vgl. ebd., S. 294.
- Anapher:** Wortwiederholung am Beginn aufeinanderfolgender Satzglieder oder Sätze; vgl. ebd., S. 318.
- Antithese:** Gegenüberstellung zweier inhaltlich gegensätzlicher Begriffe; vgl. ebd., S. 389.
- Asyndeton:** Aneinanderreihung gleichgeordneter Wörter oder Sätze ohne Konjunktion (Binde- wort); vgl. ebd., S. 353. Syndetisch bedeutet dementsprechend verbunden.
- Behagels Gesetz der wachsenden Glieder:** Aneinanderreihung gleichgeordneter Wörter nach Wortlänge (kurz → lang) bei gleichzeitiger inhaltlicher Steigerung; vgl. *Hadumod Bussmann*, Routledge Dictionary of Language und Linguistics (London–New York 1996), S. 50.
- Dikolon:** siehe Kolon.
- dynamische Verba:** Teil des präskriptiven (= vorschreibenden) Wortschatzes zur Formulierung von Befehlen, Geboten, Wünschen etc.; vgl. *Kurt Salamun*, Ideologie und Aufklärung. Weltanschauungstheorie und Politik (Wien–Köln–Graz 1988) (= Studien zu Politik u. Verwaltung 24), S. 21.
- Epitheton ornans:** schmückendes Beiwort; vgl. *Lausberg*, Rhetorik, S. 341.
- Fahnenwort:** Positiv konnotierter Begriff als Bestandteil der Selbstidentifikation einer bestimmten Personengruppe, so „rot“ für die Sozialdemokraten. Derselbe Begriff kann von einer anderen Personengruppe als Stigmawort verwendet werden; vgl. *Andreas Gruber* u. *Ewald Hiebl*, Fahnenwörter. Eine Analyse zentraler Begriffe in österreichischen Parteiprogrammen der Zwischenkriegszeit, in: Politische Betrachtungen einer Welt von Gestern. Öffentliche Sprache in der Zwischenkriegszeit (Stuttgart 1995), S. 366.
- Figuren:** Sammelbegriff für besondere Anordnungen und Verwendungen von Wortgruppen bzw. Satzgliedern; vgl. *Bussmann*, Dictionary, S. 154 f.
- Identifikationsformel, Vereinnahmungstaktik:** Phrasen suggestiver Art, die auf die Identifikation des Lesers bzw. Zuhörers mit bestimmten Personen, Gruppen oder Parteien abzielen; vgl. *Salamun*, Ideologie, S. 15.
- Klimax:** inhaltliche Steigerung; vgl. *Lausberg*, Rhetorik, S. 315.
- Kolon:** Glied, Teil einer Satzperiode in Form einer Wortgruppe, aber auch eines Haupt- oder Nebensatzes; vgl. ebd., S. 461. Demnach umfaßt ein Dikolon zwei, ein Trikolon drei, ein Tetrakolon vier Glieder.
- Litotes:** Umschreibung eines Wortes durch dessen verneintes Gegenteil; vgl. ebd., S. 304.
- Metapher:** Bezeichnung eines Gegenstands oder Sachverhalts durch einen Begriff aufgrund eines (unausgesprochenen) Vergleichs; vgl. ebd., S. 285. „Stürmen“ bedeutet „laufen wie im Sturm“.
- Oxymoron:** Verbindung zweier einander widersprechender Begriffe; vgl. ebd., S. 398.
- Parallelismus:** gleiche Anordnung entsprechender Satzglieder; vgl. *Bussmann*, Dictionary, S. 348.
- pejorativ:** schlecht, negativ (von lat. *peior*, -us); vgl. ebd., S. 353.
- Periphrase:** Umschreibung eines Begriffs; vgl. *Lausberg*, Rhetorik, S. 305.
- Pleonasmus:** Anhäufung von Wörtern mit gleicher oder ähnlicher Bedeutung zur Verstärkung des Ausdrucks; vgl. *Bussmann*, Dictionary, S. 368.
- rhetorische Frage:** Ersatz für eine Aussage gegenteiligen Inhalts, worauf der Sprecher keine Antwort erwartet; vgl. ebd., S. 408.
- Stigmawort:** Negativ konnotierter Begriff zur Diskreditierung einer Personengruppe oder Ideologie, so „rot“ von den Christlichsozialen für die Sozialdemokraten; vgl. *Gruber/Hiebl*, Fahnenwörter, S. 366.
- syndetisch:** siehe Asyndeton.
- Synekdoche:** Begriff, der von seiner Bedeutung her mehr (oder, wie in diesem Fall, weniger) aus- drückt, als eigentlich gemeint; vgl. *Lausberg*, Rhetorik, S. 295.
- Tetrakolon:** siehe Kolon.
- Trikolon:** siehe Kolon.
- Tropen:** Abweichungen eines Wortes von seinem ursprüngl. Bedeutungsinhalt; vgl. *Lausberg*, Rhe- torik, S. 282 ff.
- Vereinnahmungstaktik:** siehe Identifikationsformel.

Anmerkungen

- 1 *Michael Schmolke*, Das Salzburger Medienwesen, in: *Dopsch/Sputzenegger* II/3, S. 1963–2004, hier S. 1973 f.
- 2 Ebd., S. 1980 f.
- 3 Ebd., S. 1975–1979.
- 4 Ebd., S. 1981–1983.
- 5 Ebd., S. 1977.
- 6 *Ernst Hanisch*, Die Salzburger Presse in der Ersten Republik 1918–1938, in: *MGSL* 128 (1988), S. 345–364, hier S. 357 f.
- 7 *Schmolke* (wie Anm. 1), S. 1977–1980.
- 8 *Gerald Schlag*, Burgenland, in: *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Bd. 2, hg. v. *Erika Weinzierl* u. *Kurt Skalmik* (Wien 1983), S. 747–800, hier S. 777. „Irredenta“, eigentl. „Italia irredenta“ (dt. „unerlöstes Italien“), bezeichnete ursprünglich die ab dem Jahr 1870 bestehende Bewegung zur nationalen Einigung Italiens, später ganz allgemein Angliederungsbestrebungen; vgl. *Manfred G. Schmid*, Wörterbuch zur Politik (Stuttgart 1995), S. 450, Sp. 1.
- 9 *August Ernst*, Geschichte des Burgenlandes (Wien 1987), S. 209 f.
- 10 *Schlag* (wie Anm. 8), S. 777 f.
- 11 *Peter Haslinger*, Der ungarische Revisionismus und das Burgenland 1922–1932 (Frankfurt/M.–Berlin–Bern 1994) (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 616), S. 5.
- 12 Ebd., S. 13–15.
- 13 Ebd., S. 72–84.
- 14 *Schlag* (wie Anm. 8), S. 778.
- 15 *Dieter Binder* u. *Walter Goldinger*, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (Wien–München 1992), S. 145–148.
- 16 „Salzburger Chronik“, 31. 1. 1927, S. 7.
- 17 SV, 31. 1. 1927, S. 1.
- 18 „Salzburger Wacht“, 1. 2. 1927, S. 1 f.
- 19 „Salzburger Wacht“, 2. 2. 1927, S. 1. Alle Texte wurden entsprechend den Originalen wiedergegeben, also einschließlich sämtlicher Fehler in Syntax, Orthographie und Interpunktion. Zitate in der Analyse wurden, sofern es sich um Verba handelte, zumeist in den Infinitiv, sofern es sich um Nomina handelte, in die erforderlichen Kasus gesetzt.
- 20 Von offizieller Seite wurde eine Beteiligung der ungarischen Irredenta an den Ereignissen in Schattendorf stets dementiert, so vom burgenländischen Landeshauptmann Rauhofer sowie von Ungarn, das gegen diese Anschuldigungen Protest erhoben hatte; vgl. „Salzburger Chronik“, 2. 2. 1927, S. 7. Auch Bundeskanzler Seipel negierte in seiner am 3. Februar vor dem Nationalrat gehaltenen Rede über die Vorkommnisse in Schattendorf eine Verbindung zur magyarischen Irredenta und ging dabei soweit, zu behaupten, selbst eine burgenländische Irredenta existiere nicht; vgl. „Salzburger Chronik“, 4. 2. 1927, S. 1 f.; SV, 4. 2. 1927, S. 2; „Salzburger Wacht“, 4. 2. 1927, S. 1. Zur ungarischen Irredenta in Westungarn vgl. *Haslinger* (wie Anm. 11), S. 87–100. Zu den reaktionären Bewegungen im Burgenland vgl. ebd., S. 111–116.
- 21 Vgl. dazu die Ausführungen bei *Kurt Salamun*, Ideologie und Aufklärung. Weltanschauungstheorie und Politik (Wien–Köln–Graz 1988) (= Studien zu Politik und Verwaltung 24), S. 15.
- 22 Vgl. dazu ebd., S. 21.
- 23 Vgl. dazu *Oswald Panagl*, „Alle Kineser san Japaner!“ Zur Entstehung sprachlicher Feindbilder, in: *Feindbilder. Wie Völker miteinander umgehen*, hg. v. ORF-Landesstudio Salzburg und dem Historischen Archiv des ORF (Wien 1988), S. 17–22.
- 24 *Schlag* (wie Anm. 8), S. 777 f.
- 25 Vgl. „Salzburger Wacht“, 7. 7. 1927, S. 4.
- 26 Tatsächlich wurden die Täter, wie oben erwähnt, nicht des Mordes, sondern der fahrlässigen Tötung angeklagt.
- 27 „Salzburger Chronik“, 2. 2. 1927, S. 7.
- 28 Im Unterschied zur Sozialdemokratie und deren Organen hatten sich sowohl die „Salzburger Chronik“ als auch das „Salzburger Volksblatt“ für eine Auflösung beider paramilitärischer Verbände ausgesprochen; vgl. „Salzburger Chronik“, 1. 2. 1927, S. 1, bzw. SV, 31. 1. 1927, S. 1.

29 Tatsächlich schrieb die „Wacht“ hier von den „Mörderbanden der Frontkämpfer“.

30 Der Sinn dieses Satzes ist unklar.

31 Vgl. dazu *Andreas Gruber* u. *Ewald Hiebl*, *Fahnenwörter*. Eine Analyse zentraler Begriffe in österreichischen Parteiprogrammen der Zwischenkriegszeit, in: *Politische Betrachtungen einer Welt von Gestern. Öffentliche Sprache in der Zwischenkriegszeit* (Stuttgart 1995), S. 366.

32 Vgl. „Salzburger Wacht“, 1. 2. 1927, S. 2; „Salzburger Chronik“, 1. 2. 1927, S. 1 f. Letztere Version stimmt mit Ausnahme einer einzigen geringfügigen Abweichung mit der Wiedergabe im SV, 1. 2. 1927, S. 1, völlig überein. Es wird darin ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Tathergang noch nicht genau rekonstruierbar sei.

33 Tatsächlich konnte ein Schußwechsel am Bahnhof verhindert werden; vgl. *Haslinger* (wie Anm. 11), S. 121.

34 „Salzburger Chronik“, 2. 2. 1927, S. 7.

35 Richtig: *Pinter*.

36 Vgl. dazu *Oswald Panagl*, *Regierungserklärungen der Zweiten Republik 1945–1987*, in: *Was die Kanzler sagten. Regierungserklärungen der Zweiten Republik 1945–1987*, hg. v. *Maximilian Gottschlich*, *Oswald Panagl* u. *Manfried Welan* (Wien–Köln 1989) (= *Studien zu Politik und Verwaltung* 15), S. 5–31, hier S. 8.

37 In den drei bearbeiteten Zeitungen fanden sich diesbezüglich keine Angaben.

38 Es sei hinzugefügt, daß es sich beim Ausdruck „das Unglück wurde geboren“ um ein Oxy-moron handelt.

39 Vgl. dazu auch *Binder/Goldinger* (wie Anm. 15), S. 144.

40 Vgl. dazu den Artikel „Gegen Republik und Demokratie – Auslese aus der sozialdemokratischen Staatsgesinnung“, in: „Salzburger Chronik“, 5. 2. 1927, S. 1.

41 SV, 1. 2. 1927, S. 1.

42 Gemeint ist die Bestrebung der Salzburger Landesregierung, die Gemeinderatswahl der Stadt Salzburg am Tag der Salzburger Landtagswahl abzuhalten, was beim „Salzburger Volksblatt“ auf wenig Gegenliebe stieß.

43 SV, 31. 1. 1927, S. 1.

44 Ebd.

45 SV, 1. 2. 1927, S. 1.

46 Vgl. *Friedrich Kluge*, *Etymologisches Wörterbuch* (Berlin–New York 2³1995), S. 596, Sp. 1.

47 „Salzburger Wacht“, 15. 7. 1927, S. 1.

48 Die Geschworenengerichtbarkeit war bereits in der Verfassung v. 11. April 1848 vorgesehen, kam jedoch nur bei Pressedelikten zur Anwendung. 1872 erfolgte eine Neuregelung. Die Laiengerichtbarkeit wurde in der Ersten Republik beibehalten. Während die Sozialdemokraten sie befürworteten, fand sie unter den bürgerlichen Parteien wenig Akzeptanz. 1934 erfolgte die Umwandlung der Geschworenen- in Schöffengerichte; vgl. *Erich Scheithauer* u. a., *Geschichte Österreichs in Stichworten*, Tl. 5 (Wien 1983), S. 168.

49 Zudem wurde zwei Geschworenen zum Vorwurf gemacht, während der Verhandlung einmal gelacht zu haben, was von sozialdemokratischer Seite als Parteinahme für die Angeklagten verstanden wurde; vgl. „Salzburger Wacht“, 9. 7. 1927, S. 4, bzw. „Salzburger Chronik“, 9. 7. 1927, S. 7.

50 Von „zuversichtlichen, ja hämischen Mienen“, die die Gewißheit von Tscharmann und Pinter ausdrücken sollten, weiß die „Salzburger Chronik“ nichts zu berichten. Nach ihren Angaben sollen die Angeklagten bei der Zeugeneinvernahme der Mutter bzw. Schwiegermutter der Beschuldigten, Marie Tscharmann, geweint haben; vgl. „Salzburger Chronik“, 8. 7. 1927, S. 5.

51 Die Reserviertheit gegenüber den Burgenländern erinnert an das erste Textbeispiel, siehe S. 5. Parallelen dazu finden sich auch im anschließenden Kommentar des „Salzburger Volksblatts“. Es darf vermutet werden, daß diese burgenlandfeindliche Haltung in allen Bevölkerungsschichten Westösterreichs zu finden war.

52 Zit. in: SV, 15. 7. 1927, S. 1.

53 Vgl. die Kommentare der „AZ“, zit. in: „Salzburger Wacht“, 15. 7. 1927, S. 2, der „Reichspost“, zit. in: SV, 15. 7. 1927, S. 1, sowie die Berichterstattung der drei dieser Arbeit zugrundeliegenden Salzburger Zeitungen.

54 „Salzburger Chronik“, 15. 7. 1927, S. 1.

55 SV, 15. 7. 1927, S. 1.

56 Vgl. dazu *Salamun* (wie Anm. 21), S. 25.

57 Bei der Phrase „ohne größere Städte, ohne großzügige Bahnen, ohne Fremdenverkehr, ohne gute Hotels“ handelt es sich um ein asyndetisches und anaphorisches Tetrakolon.

58 Blätter, die „dem Volk nach dem Mund schreiben“, existieren ja auch noch in unseren Tagen und sind nicht gerade die erfolglosesten.

Anschrift der Verfasserin:
Isabella Schiller
Strubergasse 1
A-5020 Salzburg

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitt\(h\)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [138](#)

Autor(en)/Author(s): Schiller Isabella

Artikel/Article: [Der "Schattendorfer Prozeß" von 1927 im Spiegel der Salzburger Zeitungen. Eine sprachliche Analyse. 503-524](#)